

Alternative für Deutschland

Grundsatzprogramm des Kreisverbandes Ennepe-Ruhr zur Kommunalwahl 2020

(Stand: 07.09.2019)

Guter Rat ist wählbar

Das alternative
GRUNDSATZPROGRAMM
zur Kommunalwahl 2020

I. Präambel

Zusammengefunden haben wir uns als Bürgerinnen und Bürger mit unterschiedlicher Geschichte und Erfahrung, mit unterschiedlicher Ausbildung, mit unterschiedlichem politischen Werdegang. Das geschah in dem Bewusstsein, dass es an der Zeit war, ungeachtet aller Unterschiede, gemeinsam zu handeln und verantwortungsbewusst zu tun, wozu wir uns verpflichtet fühlen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass die Bürgerinnen und Bürger ein Recht auf eine echte politische Alternative haben, eine Alternative zu dem, was die politische Klasse glaubt, uns als „alternativlos“ zumuten zu können. Dem Bruch von Recht und Gesetz, der Zerstörung des Rechtsstaats und verantwortungslosem politischen Handeln gegen die Prinzipien wirtschaftlicher Vernunft konnten und wollten wir nicht länger tatenlos zusehen.

Als freie Bürgerinnen und Bürger treten wir ein für direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit, soziale Marktwirtschaft, Subsidiarität, Föderalismus, Familie und die gelebte Tradition der deutschen Kultur. Denn Demokratie und Freiheit stehen auf dem Fundament gemeinsamer kultureller Werte und historischer Erinnerungen. In der Tradition der beiden Revolutionen von 1848 und 1989 artikulieren wir mit unserem bürgerlichen Protest den Willen, die nationale Einheit in Freiheit zu vollenden und ein Europa souveräner demokratischer Staaten zu schaffen, die einander in Frieden, Selbstbestimmung und guter Nachbarschaft verbunden sind.

Wir sind offen gegenüber der Welt, wollen aber Deutsche sein und bleiben. Wir wollen die Würde des Menschen, die Familie mit Kindern, unsere abendländische christliche Kultur, unsere Sprache und Tradition in einem friedlichen, demokratischen und souveränen Nationalstaat des deutschen Volkes dauerhaft erhalten. Unsere Ziele werden Wirklichkeit, indem wir den Staat und seine Organe wieder in den Dienst der Bürgerinnen und Bürger stellen.

In diesem Sinne geben wir uns das nachfolgende Grundsatzprogramm.

1. Demokratie und Grundwerte

Für uns sind direkte Demokratie und die Verteidigung elementarer Bürgerrechte keine leeren Worthülsen, sondern unverhandelbarer Bestandteil unserer politischen Agenda. So fordern wir die direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der politischen Entscheidungsfindung im Rahmen von Bürgerentscheiden. Nach unserer Auffassung, muss der Staat für die Bürgerinnen und Bürger da sein, und nicht umgekehrt. Überbordende Steuern, Bürokratie sowie staatlich verordnete Ideologien jeder Art, lehnen wir vor diesem Hintergrund entschieden ab. Der Staat hat sich auf seine Kernaufgaben zu konzentrieren und einen Ordnungsrahmen zu gewährleisten, innerhalb dessen sich die Bürgerinnen und Bürger frei entfalten können.

2. Innere Sicherheit und Justiz

Die dauerhafte Existenz von innerer Sicherheit sowie eine unabhängige und effektive Justiz, welche die Einhaltung der bestehenden Gesetze gewährleistet, sind für uns Grundpfeiler unseres freiheitlich-demokratischen Zusammenlebens. Hierzu sind zuallererst die Ordnungs- und Sicherheitsbehörden, aber auch die Justizbehörden personell so auszustatten, dass diese zu jeder Zeit in der Lage sind, Recht und Gesetz durchzusetzen. Rechtsfreie Räume oder gar sogenannte "No-Go-Areas" sind für uns kein akzeptabler Zustand. Einer solchen Entwicklung stellen wir uns mit aller Kraft entgegen. Wir sind davon überzeugt, dass eine wirksame Kriminalitätsbekämpfung vor Ort in den Kommunen beginnt. Aus diesem Grund ist für uns eine reibungslose und enge Zusammenarbeit zwischen den kommunalen Behörden, der Polizei und der Justiz Grundvoraussetzung, damit die Bürgerinnen und Bürger in Sicherheit und Freiheit leben können.

3. Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Unser erklärtes Ziel ist es, dass jeder Mensch von seiner Arbeit gut leben kann, auch deshalb befürworten wir einen gesetzlichen Mindestlohn. So wollen wir Menschen eine Existenz jenseits der Armutsgrenze gewährleisten. Damit die bedeutende Lebensleistung, die Eltern durch Geburt, Versorgung und Erziehung ihrer Kinder erbringen, nicht nur ideell gewürdigt wird, sondern auch eine materielle Anerkennung findet, soll diese bei der sozialen Sicherung und der Rente stärker berücksichtigt werden. Darüber hinaus möchten wir „Hartz IV“ durch das Konzept einer „Aktivie-

renden Grundsicherung" ersetzen, die Pflege älterer Menschen durch Angehörige aufwerten, die Bundesagentur für Arbeit auflösen und ihre Aufgaben vor allem auf kommunale „Jobcenter" übertragen.

4. Familie, Kinder und Senioren

Ehe und Familie stehen nach dem Grundgesetz zu Recht unter dem besonderen Schutz des Staates. Wir möchten junge Menschen ermutigen, eine Familie zu gründen und setzen uns deshalb aktiv für eine kinder- und familienfreundliche Politik ein. Senioren haben ein Recht auf eine respektvolle Behandlung durch den Staat. Dazu gehört ein finanziell gesicherter Lebensabend. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, darf im Alter nicht auf Almosen angewiesen sein.

5. Identität, Kultur und Sprache

Unser Menschenbild basiert auf dem Christentum und dem Humanismus sowie hierauf beruhenden abendländischen Normen und Werten. Konkret ist unser Menschenbild geprägt von Freiheit und persönlicher Verantwortung sowie Solidarität und sozialer Verpflichtung einer jeden Bürgerin und eines jeden Bürgers. Die Familie ist die Keimzelle und die Basis unserer Gesellschaft und Kultur. Wir stehen für den Schutz der Familie als Fundament unserer Gesellschaft. Sie vermittelt Werte wie Fürsorge, Liebe und Solidarität, Respekt und Menschlichkeit. Maßgebend für ein gutes Miteinander und Verständnis ist die Beherrschung unserer deutschen Sprache. Heimat-, Sozial- und Sportvereine, die diese Werte und die Sprache vermitteln und vertiefen, sollen besonders gefördert werden.

6. Einwanderung, Asyl und Integration

Wir bekennen uns zu dem vom Grundgesetz vorgegebenem Asylrecht für politisch Verfolgte, lehnen aber den millionenfachen Missbrauch dieses Rechts zur Legitimierung einer rechtswidrigen und weithin unkontrollierten Masseneinwanderung entschieden ab. Dabei geht es nicht nur um den Schutz der Bürger vor Kriminalität und unzumutbaren finanziellen Belastungen, sondern insbesondere auch um die Bewahrung der christlich-abendländisch geprägten Identität des deutschen Nationalstaates. Ausländer, die sich unberechtigterweise auf das Asylrecht berufen, sollten in deutlich verstärktem Maße in ihre Heimat zurückgeführt werden. Zugleich fordern wir eine Einwanderungspolitik, die sich an den Bedürfnissen unseres Landes und damit insbesonde-

re an den Qualifikationen der Bewerber orientiert, wie sie z.B. in Kanada oder Australien praktiziert wird. Von den Einwanderungswilligen müssen darüber hinaus deutsche Sprachkenntnisse und die Bereitschaft zu einer wirklichen Integration erwartet werden.

7. Wirtschaft

Wir bekennen uns zur sozialen Marktwirtschaft, also der Kombination von Freiheit auf den Märkten und sozialem Ausgleich für wirtschaftlich Schwächere in der Gesellschaft. Unser Ziel ist es, durch eine innovative und vorausschauende Wirtschaftspolitik die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit auch in Zukunft wirtschaftliche Stärke die Basis von Wohlstand und sozialem Zusammenhalt in unserem Land bildet.

8. Finanz- und Haushaltspolitik

Wir stehen für eine von Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit geprägte Finanz- und Haushaltspolitik, die ohne neue Schulden auskommt und bestehende abbaut. Ausgaben und Investitionen haben sich stets am Nutzen für alle Bürgerinnen und Bürger zu orientieren, weshalb wir die Finanzierung von ideologiegetriebenen Projekten grundsätzlich ablehnen. Um den finanziellen Spielraum der Städte und Gemeinden zu stärken, treten wir weiteren Kostenverlagerungen vom Bund oder Land auf die Kommune klar entgegen.

9. Umwelt- und Naturschutz

Wir wollen eine intakte und vielfältige Natur erhalten. Eine gesunde Umwelt ist die Lebensgrundlage für alle Menschen und zukünftige Generationen. Windenergieanlagen zerstören das Bild unserer Kulturlandschaften und sind überdies eine tödliche Gefahr für Insekten, Vögel und Fledermäuse. Deshalb werden wir einen unkontrollierten Ausbau der Windenergie stoppen. Fischerei, Forstwirtschaft und Jagd müssen im Einklang mit der Natur geschehen. Wir wollen Zonen, in denen die Natur sich selbst überlassen bleibt. Diese sogenannten "Nullnutzungszonen" sichern das Überleben von vielen seltenen Tieren und Pflanzen. Wir wollen eine konsequente Umsetzung der Tierschutzgesetze. Betäubungsloses Schlachten (also Schächten sowie sinnloses Töten wie das sogenannte "Kückenschreddern") von Tieren lehnen wir ausnahmslos ab.

10. Energiepolitik

Energiepolitik basiert nach unseren Vorstellungen auf drei Zielen: Sie muss wieder sicher, kostengünstig und umweltverträglich sein. Die Steinkohlenförderung ist seit 2018 ausgelaufen, deshalb ist die Braunkohle der einzige zu wettbewerbsfähigen Kosten verfügbare, lokale Energieträger. Die sogenannte "Energiewende" gefährdet die Stromversorgung. Wir wollen einzelne Energieträger weder bevorzugen noch benachteiligen. Die Stromsteuer wollen wir streichen und die Kunden sofort entlasten. Die Forschung der Kernenergie sowie Reaktor- und Kraftwerkstechnik wollen wir selbstverständlich unter Einhaltung der nötigen Sicherheitsstandards wieder erlauben.

11. Infrastruktur, Verkehr und Wohnen

Unsere Straßen und Brücken müssen zwingend repariert und modernisiert werden. In einer mobilen Gesellschaft sind sowohl ein gesundes und zukunftsträchtiges Wegesystem als auch ein funktionierender öffentlicher Personennahverkehr unabdingbar. Baustellen sollen schnell (im Mehrschichtbetrieb) fertig gestellt werden. Neue Kreisverkehre sollen einen reibungslosen und kostengünstigen Verkehrsfluss gewährleisten. Wir setzen uns für bezahlbaren Wohnraum auch bei niedrigem Einkommen ein. Beste Voraussetzungen dafür sind der Bau neuer Wohnungen und damit ein steigendes Angebot. Auch Fehlbelegungen von Sozialwohnungen sind zu stoppen und rückgängig zu machen.

12. Digitalisierung

Die flächendeckende Bereitstellung einer schnellen digitalen Infrastruktur ist primäre Aufgabe von Bund und Land und Basis für die Digitalisierung. Die Bürgerinnen und Bürger sowie auch Unternehmen, beteiligen sich an diesem Prozess freiwillig, d.h. aus persönlicher bzw. wirtschaftlicher Motivation heraus. Unser Ziel ist es, dass die Kommunen ihren Bürgerinnen und Bürgern sinnvolle digitale Dienstleistungen anbieten, dabei aber auch diejenigen Menschen mitnehmen, die eine alternative Nutzung vorziehen. Bei der Durchführung von Digitalisierungsprojekten entscheiden die Kommunen auf Basis von qualitativen und quantitativen Kriterien, die sich stets am Nutzen für die Bevölkerung orientieren sollen.